

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Strache, Kickl, Vilimsky, Stefan
und weiterer Abgeordneter

betreffend „Solidarität statt Klassenkampf“

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abgeordneten Strache und weiterer Abgeordneter an den Bundeskanzler betreffend „Reformieren statt abkassieren – wo bleiben Verwaltungsreform und Bürokratieabbau, Herr Bundeskanzler?“ in der 79. Sitzung des Nationalrates

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft besonders hart getroffen. Die Arbeitslosigkeit ist stark angestiegen und vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit haben die Maßnahmen der Regierung nicht gegriffen. Das gewaltige Budgetdefizit muss ausgeglichen werden, aber nicht unter dem Deckmantel einer „Ökologisierung“ des Steuersystems auf Kosten derjenigen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden.

Eine Rückführung der Stiftungseingangssteuer von derzeit zweieinhalb auf fünf Prozent würde bereits angesiedelte Körperschaften nicht zur Abwanderung bewegen. Gleichzeitig handelt es sich um eine Einnahmequelle, die keine negativen Folgen auf das Wirtschaftswachstum und die Binnennachfrage nach sich zieht.

Zentraler Ausgangspunkt der Wirtschaftskrise ist der Bankenbereich. Zügellose und keinerlei Regeln unterliegende Spekulation an den Börsen führten beinahe zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Die Regierung verabschiedete, in Ermangelung anderer Instrumente wie einer eigenen Konkursordnung für Finanzinstitute, ein milliardenschweres Bankenhilfspaket. Von Finanzinstituten erwirtschaftete Gewinne wurden Großteils im Osten Europas investiert. Eingefahrene Verluste wurden durch das Bankenrettungspaket auf den österreichischen Steuerzahler abgewälzt. Gleichzeitig kassieren Manager weiterhin millionenschwere Bonifikationszahlungen. Staatliche Finanzspritzen und Haftungen haben die Höhe von 35 Milliarden Euro erreicht. Jetzt ist der Bankensektor, als Verursacher der Krise, an der Reihe, zur nötigen Sanierung des Budgets beizutragen. Ungezügelter Spekulation schädigte die Weltwirtschaft und trieb sie letztlich in die Krise. Während der Steuerzahler das Bankenhilfspaket schultern muss und gleichzeitig die Steuerlast immer weiter ansteigt, erwirtschaften Spekulanten und Bankmanager bereits wieder enorme Gewinne.

Es ist Zeit für Solidarische Verteilung der durch die Krise entstandenen und weiter entstehenden Lasten. Die Nutznießer vergangener Liberalisierungen - die unmittelbar in die Krise führten - müssen endlich einen gerechten Beitrag leisten.

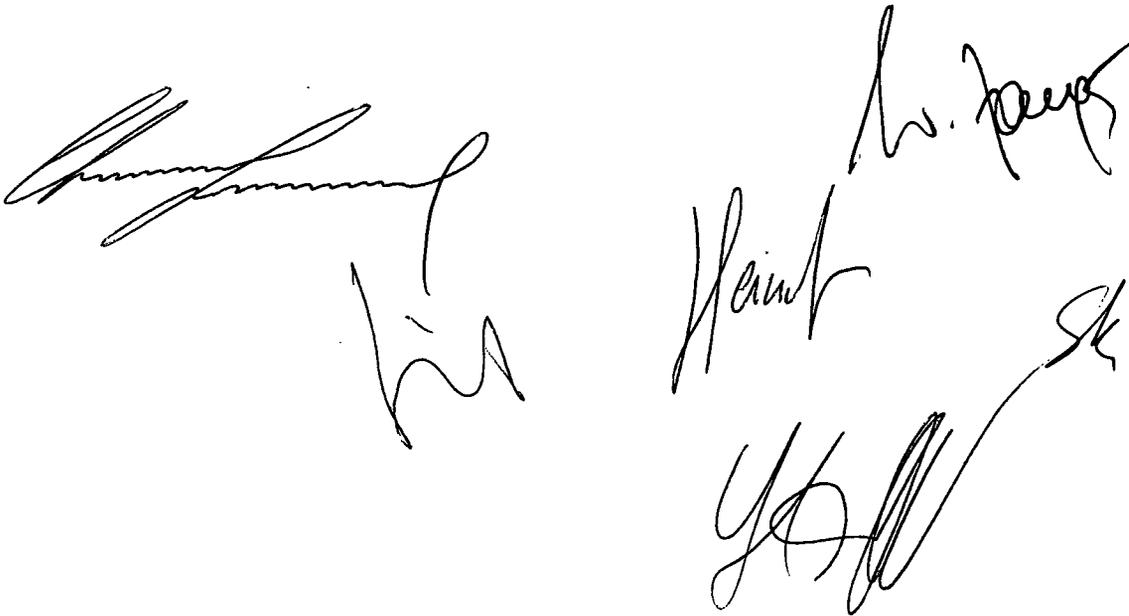
Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die folgendes beinhaltet:

- Rückführung der Stiftungseingangssteuer auf 5%
- Einführung einer Sonderabgabe für Finanzinstitute
- Einführung einer zeitlich befristeten Spekulant- und Millionärssonderabgabe."



Handwritten signatures in cursive script, including names like 'H. P. ...', 'Heinrich', and 'G. ...'.